

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung

Kurt Schöbi, Co-Leitung

c/o SRG Deutschschweiz

Fernsehstrasse 1-4

8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellenrgd.ch

Zürich, 29. Juni 2023

**Dossier Nr 9337, «Tagesschau» vom 24. Mai 2023 – «Razzia gegen
«Klimakleber» in Deutschland»**

Sehr geehrter Herr X

Mit Mail vom 24. Mai 2023 beanstanden Sie obige Sendung wie folgt:

«Frau Alexandra Gubser sagte heute über die Klimaaktivisten in Deutschland sie besässen "eine anmassende Selbstgerechtigkeit". Letztlich absolut inakzeptabel, tendenziös, arrogant und ignorant!»

Die Ombudsstelle hat sich den beanstandeten Beitrag genau angeschaut und kommt zu folgendem Schluss:

Der Beitrag wird eingeleitet mit «seit Wochen kleben sie sich auf die Strassen, blockieren fast täglich den Verkehr ... um auf die Folgen des Klimawandels aufmerksam zu machen – die Klimaaktivisten der Bewegung «Letzte Generation». Seit Wochen berichten auch die Schweizer Medien über die Bewegung «Renovate Switzerland», die allerdings weit weniger provokativ vorgeht als die deutsche Aktivistengruppe «Letzte Generation». Während beide Gruppierungen schwere Eingriffe in den Strassenverkehr begehen, stürmt nur die «Letzte Generation» Flughäfen und begeht gravierende Sachbeschädigungen. Was im beanstandeten Beitrag auch gezeigt wird. Dementsprechend sind die Berlinerinnen und Berliner inzwischen von den Blockaden grossmehrheitlich nur noch genervt. Und deshalb

muss der Staat zeigen, dass er handlungsfähig ist – damit nicht irgendwann Gravierenderes geschieht. Denn wer wegen der Klimakleber im Stau steht, reagiert zunehmend gereizt. Da sind Ausschreitungen und Körperverletzungen nicht mehr ausgeschlossen. Genau das hat der «Tagesschau»-Beitrag gezeigt.

Die Aktivisten erinnern an die Dringlichkeit des Problems. Denn der Klimawandel ist spürbar. Das ist legitim und auch notwendig. Das Anliegen ist richtig, nämlich darauf zu drängen, dass die Pariser Klimaziele erreicht werden. Aber die Mittel sind es nicht. Darauf wird im beanstandeten Beitrag hingewiesen. Es ist unbestritten, dass die Bevölkerung zunehmend in Geiselhaft genommen wird, dass die Aktivisten unzweifelhaft mit kriminellen Aktionen auf sich aufmerksam machen wollen. Das ist trotz der Dringlichkeit der Klima-Problematik in einem Rechtsstaat nicht tolerierbar. Dass die militanten Klimakleber, die öffentliche und private Gebäude sowie Kunstwerke beschädigen, den Verkehr und Rettungsfahrzeuge behindern, darf und muss gezeigt werden. Das hat die Korrespondentin getan. Dass sie von «anmassender Selbstgerechtigkeit» spricht, entspricht den Tatsachen, wenn man sich die Äusserungen einer Vertreterin der Bewegung «Letzte Generation» im Beitrag anhört. Gleichzeitig relativiert Frau Gubser die Aktionen dieser Gruppe, indem sie kritisiert, die Bewegung werde auf dieselbe Stufe wie «Mafiosi, Drogendealer und Terroristen» gestellt.

Wir können deshalb keinen Verstoss gegen das Sachgerechtigkeitsgebot gemäss Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes erkennen und lehnen die Beanstandung ab.

Wir hoffen, dass Sie trotz Ihrer Kritik dem öffentlichen Sender treu bleiben. Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio- und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz